

BERLIN - INTERN DER INFOBRIEF



der
LANDESRUPPE BRANDENBURG
der
CDU/CSU-Fraktion im Deutschen Bundestag

Mitglieder: Michael Stübgen, MdB (Vorsitzender der Landesgruppe)
Jens Koeppen, MdB (Stellvertretender Vorsitzender)
Uwe Feiler, MdB
Hans-Georg von der Marwitz, MdB
Martin Patzelt, MdB
Jana Schimke, MdB
Sebastian Steineke, MdB
Dr. Klaus-Peter Schulze, MdB

Nr. 32 / 2017 (11. August 2017)

Inhaltsverzeichnis:

1. Vorwort des Landesgruppenvorsitzenden
2. Unsere Regierungsbilanz 2013 bis 2017 – Teil 3
3. Kurz notiert

Sehr geehrte Damen und Herren, liebe Freunde,

nach Teil 1 und 2 der Regierungsbilanz 2013 - 2017 in den vergangenen beiden Wochen setzen wir in dieser Ausgabe von „Berlin-Intern“ den Blick auf eine erfolgreiche Regierungsbilanz der Legislaturperiode von 2013 bis 2017 fort und lassen die wesentlichen Ergebnisse unserer Regierungsarbeit Revue passieren.

Währenddessen nimmt der Wahlkampf zur Bundestagswahl am 24.09.2017 Fahrt auf und wir freuen uns, dass wir die Bundeskanzlerin und Vorsitzende der CDU Deutschland am 29.08.2017 in Brandenburg an der Havel und am 06.09.2017 in Finsterwalde begrüßen können.

Ihr

Michael Stübgen, MdB
Landesgruppenvorsitzender

2. Unsere Regierungsbilanz 2013 bis 2017 – Teil 3

Unser Land steht gut da. Wir haben die Arbeitslosigkeit halbiert und Schluss gemacht mit immer neuen Schulden. Die Wirtschaft wächst, und immer mehr Menschen haben gute und sichere Jobs. Rekordinvestitionen in Bildung und Forschung, in Universitäten und Kindergärten machen unser Land fit für die Zukunft. Gehälter und Renten steigen, die Versorgung von Pflegebedürftigen wurde deutlich verbessert. Diese Erfolge – das sind die Erfolge der Menschen im ganzen Land: fleißige Arbeitnehmer, mutige Unternehmer, kreative Tüftler, liebevolle Eltern, engagierte Ehrenamtliche. Sie alle hat die CDU im Blick, für sie arbeiten wir jeden Tag. Wir trauen den Menschen etwas zu, wir setzen auf ihre Stärken, ihren Einsatzwillen und ihre Leistungsbereitschaft und unterstützen sie nach Kräften. Diese Politik wollen wir fortsetzen: Für ein Deutschland, in dem wir gut und gerne leben.

2.1. Solide Finanzen

Ein ausgeglichener Haushalt und höhere Investitionen sind für die CDU zwei Seiten einer Medaille. Wir haben den Verzicht auf neue Schulden durchgesetzt. Gleichzeitig investieren wir klug in wichtige Zukunftsaufgaben. Davon profitieren die Bürgerinnen und Bürger.

2.1.1. Keine neuen Schulden

Der Bund macht 2017 zum vierten Mal in Folge keine neuen Schulden. Das entlastet unsere Kinder und Enkelkinder und schafft Spielräume für Investitionen in die Zukunft. Damit sind wir Vorreiter in Europa. Die mittelfristige Finanzplanung bis 2021 sieht auch in den kommenden vier Jahren null Euro neue Schulden vor.

2.1.2. Wir zahlen weniger Zinsen

Seit die CDU die Regierung führt, konnten die Zinsausgaben des Bundes nahezu halbiert werden – von 37,4 Milliarden Euro in 2005 auf geplant 19,3 Milliarden im Jahr 2017. Das ist bares Geld, das wir gespart haben.

2.1.3. Rekordzuschüsse für Bildung und Forschung

Wir wollen die beste Bildung für unsere Kinder. Und wir wollen, dass Deutschlands Forscher, Tüftler und Entdecker ihre Ideen zum Erfolg führen können. Allein 2017 investiert der Bund deshalb 17,6 Milliarden Euro in Bildung und Forschung. Seit 2005 haben sich die Zahlungen mehr als verdoppelt.

2.1.4. Milliarden für Straßen, Schienen und Wasserwege

Staus oder kaputte Straßen und Brücken machen Bürgern und Firmen oft das Leben schwer. Deshalb stellt der Bund für 2017 für Reparaturen und neue Verkehrswege 12,8 Milliarden Euro bereit. 2018 soll der Betrag sogar auf 14,2 Milliarden Euro steigen. Das sind fast 40 Prozent mehr als zu Beginn der Wahlperiode 2013 bis 2017. Bis 2030 sollen insgesamt 270 Milliarden Euro in Straßen, Schienen und Wasserwege fließen.

2.1.5. Schnelles Internet in Stadt und Land

4 Milliarden Euro gibt der Bund bis 2020 für den Breitbandausbau, damit jeder in Stadt und Land schnelles Internet nutzen kann. Das ist die Voraussetzung dafür, dass Unternehmen 16 auch in der Fläche Arbeitsplätze anbieten und junge Familien auch in den Dörfern digitale Angebote nutzen können.

2.2. Zusammenhalt der Gesellschaft

Die CDU arbeitet für gleichwertige Lebensbedingungen in Stadt und Land. Dafür darf die Einkommensschere nicht weiter auseinandergehen. Dazu zählt aber auch die Anbindung an schnelles Internet überall genauso,

wie gute ärztliche Versorgung auch abseits der Ballungsräume und die Unterstützung der Menschen in Notsituationen. Auf die CDU können sich die Menschen verlassen.

2.2.1. Die Einkommensschere schließt sich

Um 33,5 Prozent stiegen Löhne und Gehälter von 2008 bis 2016, Erträge aus Vermögen stiegen nur um 8,1 Prozent. Unter Rot-Grün stiegen Einkommen aus Vermögen deutlich schneller als Löhne und Gehälter – die Einkommensschere war deutlich auseinandergelassen.

2.2.2. Unterstützung der Kommunen beim Internet-Ausbau

Bis 2020 wollen wir die flächendeckende Breitbandversorgung mit 50 Megabit pro Sekunde sicherstellen. Das Verkehrsministerium gab dazu weitere 904 Millionen Euro Fördermittel – 17 Teil direkt an die Kommunen und Landkreise. Damit werden Netzinvestitionen in Höhe von 1,8 Milliarden Euro angestoßen.

2.2.3. Bessere Krankenversorgung auf dem Land

Die Krankenkassen und der Gesundheitsfonds fördern Modellprojekte, beispielsweise für bessere medizinische Angebote in unterversorgten Regionen. Dafür stellen sie jährlich 300 Millionen Euro bereit.

2.2.4. Landarzt-Praxen werden gefördert

Ärzte erhalten Anreize, ihre Praxis dort zu eröffnen, wo das Angebot derzeit zu gering ist – beispielsweise durch Zuschüsse für Einrichtung und Ausstattung. Darüber hinaus werden Zentren zur medizinischen Versorgung gefördert und die enge Zusammenarbeit von Arztpraxen unterstützt. Denn wer ernsthaft krank ist, braucht einen Arzt in der Nähe.

2.2.5. Krankenhausstrukturen verbessern

Dafür stehen eine Milliarde Euro zur Verfügung. Damit sollen unter anderem die Angebote den Bedürfnissen angepasst und Fachkliniken gestärkt werden. Die Qualität der Behandlung wird ein wichtiges Kriterium bei der Krankenhausplanung.

2.2.6. Punktgenaue Hilfen in der Pflege

Die bisherigen drei Pflegestufen wurden durch ein einheitliches System mit fünf Pflegegraden ersetzt. Der Grund der Pflegebedürftigkeit – ob körperlich oder geistig – spielt keine Rolle mehr.

2.2.7. Mehr Geld für gute Pflege

Schon seit 2015 gibt es mehr Angebote zur ambulanten Pflege, mehr Geld für Hilfsmittel und höhere Zuschüsse zum Umbau der eigenen Wohnung. Insgesamt wurden die Leistungen um 20 Prozent erhöht. Seit diesem Jahr stehen jährlich 5 Milliarden Euro zusätzlich zur Verfügung.

2.2.8. Entlastung für pflegende Angehörige

Wir haben die Vereinbarkeit von Pflege und Beruf verbessert. Pflegende Angehörige werden in der Renten- und Arbeitslosenversicherung besser abgesichert.

2.2.9. Zusätzliches Personal

Mehr als 20 000 Betreuungskräfte konnten bereits zusätzlich eingestellt werden. Das entlastet Pflegekräfte und schafft Freiräume für eine persönlichere Betreuung.

2.2.10. Moderne Ausbildung

Künftig beginnt die Pflege-Ausbildung für alle Bereiche gemeinsam. Nach zwei Jahren entscheiden die Auszubildenden selbst: Sie können die gemeinsame Ausbildung fortsetzen oder wie bisher einen Abschluss im Bereich der Kinderkrankenpflege oder der Altenpflege wählen. Nach sechs Jahren wird entschieden, ob die eigenständigen Berufsabschlüsse auslaufen oder weitergeführt werden.

2.3. Bildung und Ausbildung

Ausgehend vom christlichen Menschenbild ist für die CDU Bildung mehr als Lernen. Sie soll auch gemeinsame Grundüberzeugungen, gemeinsame Werte, Urteilskraft und kritisches Denken vermitteln. Dies trägt zur Persönlichkeitsbildung bei und legt die Grundlagen für Orientierung in einer zunehmend komplexen Welt. Wir wollen, dass die Menschen in Deutschland die besten Chancen und die besten Bildung erhalten. Deshalb investiert die CDU-geführte Bundesregierung so viel in Bildung und Forschung wie keine Bundesregierung zuvor. Unser Ziel bleibt die Bildungsrepublik Deutschland!

2.3.1. Rekordinvestitionen in Bildung und Forschung

Im Jahr 2015 haben Staat und Wirtschaft in Forschung und Entwicklung insgesamt 90,3 Milliarden Euro investiert. Damit erreichten diese Investitionen erstmals 3 Prozent des Bruttoinlandsprodukts. Dazu hatte sich Deutschland im EU-Vertrag von Lissabon verpflichtet.

2.3.2. Durchlässige Bildungswege

Die CDU hat durchgesetzt, dass der Einstieg in ein Studium nach einer erfolgreichen Ausbildung genauso einfach wird, wie ein Meister-Lehrgang im Anschluss an ein Bachelor- 20 Studium. Zahlreiche Brücken zwischen den Bildungswegen verhindern Sackgassen und eröffnen immer neue Berufsperspektiven.

2.3.3. Bessere Aufstiegschancen

Immer mehr junge Menschen haben eine höhere Bildung als ihre Eltern, ergab eine Studie im Auftrag der Konrad-Adenauer-Stiftung 2016. Fast 54 Prozent der 30- bis 65-Jährigen sind solche „Bildungsaufsteiger“.

2.3.4. Mehr Studenten ohne Abitur

Wer eine Berufsausbildung hat, darf heute auch ohne Abitur studieren. Eine erfolgreiche Ausbildung wird damit aufgewertet und dem Abitur teilweise gleichgestellt. 2015 machten rund 51 000 Menschen von dieser Möglichkeit Gebrauch. Von 2010 bis 2015 hat sich die Zahl der Studierenden ohne Abi dadurch verdoppelt.

2.3.5. Höhere BAföG-Sätze

Den BAföG-Höchstsatz für Studierende haben wir 2016 angehoben. Er beträgt jetzt 735 Euro pro Monat. Damit müssen weniger Studenten neben ihrem Studium arbeiten. Seit 2016 zahlt der Bund das BAföG alleine. Das entlastet die Länder, bis einschließlich 2017 um rund 3,5 Milliarden Euro.

2.3.6. Das Aufstiegs-BAföG

Die CDU-geführte Bundesregierung hat das Meister-BAföG 2016 zum Aufstiegs-BAföG gemacht. Wer sich auf einen Fortbildungsabschluss – etwa als Meister, Fachwirt, Erzieherin oder Erzieher – vorbereiten will, kann heute das Aufstiegs-BAföG beantragen. Über 170 000 Personen nehmen das Aufstiegs-BAföG heute pro Jahr in Anspruch.

2.3.7. Ausländische Berufsabschlüsse anerkennen

Die CDU hat durchgesetzt, dass in Deutschland die meisten Berufsabschlüsse aus Staaten der EU anerkannt werden. Und umgekehrt. Fachkräfte können damit EU-weit arbeiten.

2.3.8. Zuschüsse für Gebühren zur Anerkennung

Um für Arbeitnehmer die Kosten zur Anerkennung zu senken, hat die CDU-geführte Bundesregierung einen Zuschuss zu den anfallenden Gebühren eingeführt. Gezahlt werden ganz oder teilweise Gebühren und Übersetzungskosten bis maximal 600 Euro pro Person.

2.3.9. Hochschulpakt

Die CDU will, dass die Bedingungen für das Studium auch bei steigenden Studentenzahlen gut bleiben. Dafür stellt allein die CDU-geführte Bundesregierung mit dem Hochschulpakt zwischen 2014 und 2023 zusätzlich rund 10 Milliarden Euro bereit.

2.3.10. Qualitätspakt Lehre

Für ein erfolgreiches Studium ist die Qualität der Lehre an den Hochschulen entscheidend. Daher unterstützt der Bund mit dem Qualitätspakt Lehre individuelle Maßnahmen, von einer besseren Personalausstattung bis zu innovativen Lehrformaten. Von 2011 bis 2020 stehen hierfür zwei Milliarden Euro zur Verfügung.

2.3.11. Neue Chancen für Nachwuchsprofessoren

Nachwuchswissenschaftler sollen ihre Karriere längerfristig planen können. Deshalb fördert der Bund ab dem Jahr 2017 bis zu 1 000 Tenure-Track-Professuren (Professuren auf Probe) mit einer Milliarde Euro. Wer sich erfolgreich darauf bewirbt, erhält nach sechs Jahren direkt eine Stelle auf Lebenszeit – gute Leistungen vorausgesetzt.

2.3.12. Exzellenz-Strategie

Die besten deutschen Unis bekommen zusätzliche Zuschüsse, um mit den besten Unis der Welt konkurrieren zu können. Dafür stellen Bund und Länder ab 2018 dauerhaft 533 Millionen Euro pro Jahr zur Verfügung.

2.3.13. Innovative Hochschule

Um die Fachhochschulen bei ihren Forschungen und ihren Entwicklungen neuer Ideen zusätzlich zu stärken, stellen Bund und Länder mit der Förderinitiative Innovative Hochschule ab 2018 insgesamt 550 Millionen Euro für zehn Jahre zur Verfügung.

3. Kurz notiert

TAG DER OFFENEN TÜR AM 26./27. AUGUST - Willkommen zum Staatsbesuch

Lust auf ein Date mit der Demokratie? Am letzten Wochenende im August lädt die Bundesregierung wieder zum Tag der offenen Tür ein. Am 26. und 27. August können Sie das Kanzleramt, 14 Ministerien und das Bundespresseamt erkunden. Es ist bereits die 19. "Einladung zum Staatsbesuch" – und längst kein Geheimtipp mehr. Seit dem Regierungsumzug ist der Tag der offenen Tür der Bundesregierung ein Publikumsmagnet in Berlin. Nähere Informationen erhalten Sie unter www.bundesregierung.de.

Redaktion: Uwe Schüler, Landesgruppenreferent